

Mehr als drei Jahre Drogenbeauftragter Burkhard Blienert

Ein Mann zwischen notwendigen Veränderungen und dem Beharrungsvermögen von Wirtschaft und Politik

Warum ein Drogenbeauftragter?

Als der damalige Parlamentarische Staatssekretär im Innenministerium, Eduard Lintner, Anfang der 90er Jahre neben seiner Aufgabe als Staatssekretär zusätzlich zum Drogenbeauftragten bestellt wurde, passte der Name „Drogenbeauftragter“ noch. Denn trotz vieler Modellprogramme war die Not und Sorge über die Folgen des Drogenkonsums groß. Niemand wusste so recht, was zu tun war. Schon lange nicht, wie man einer „Drogenschwemme“ Herr werden konnte. Eduard Lintner sollte sich des Problems annehmen und ressortübergreifend notwendige Interventionen anregen, koordinieren und den damaligen Kanzler Helmut Kohl beraten. Es ging um die Folgen des Konsums illegaler Drogen und die erste vorsichtige Erkenntnis, dass es nicht nur ein Thema für den Innenminister und somit für die Polizei sei, sondern dass eine ganze Reihe anderer Ministerien ebenso betroffen und zuständig waren. Es ging – und geht – um die Gesundheit, um Beratungs- und Behandlungsnotwendigkeiten, und damit waren auch die Kranken- und Rentenversicherungen mit ins Boot zu holen, denn Abhängigkeit erforderte immer mehr Interventionen.

In den letzten 30 Jahren gab es in fast jeder Legislaturperiode neue Drogenbeauftragte. Bis zur vorletzten Legislaturperiode immer Bundestagsabgeordnete, die diese Aufgabe zusätzlich übernahmen, fast immer Frauen. Mit den Jahren wurde ein Arbeitsstab eingerichtet, die Bezeichnung veränderte sich in „Sucht- und Drogenbeauftragte(r)“, weil deutlich wurde, dass das Problem des Konsums illegaler Drogen nicht losgelöst vom Problem der Abhängigkeit von legalen Suchtmitteln und problematischen Tätigkeiten gesehen werden kann.

Was wollte Burkhard Blienert erreichen?

In den zurückliegenden etwas über drei Jahren war nun Burkhard Blienert „Beauftragter der Bundesregierung für Sucht- und Drogenfragen“. Er war bereits vier Jahre Abgeordneter und seinerzeit für die SPD-Bundestagsfraktion Sprecher für Suchtfragen. Also erfahren in der Politik, jedoch frei von anderen politischen Tätigkeiten.

Mit einer Mail verabschiedete er sich Anfang Mai aus dem Amt, eine neue Regierung und eine neue Person werden übernehmen. „Wehmütig – mit einem weinenden und einem lachenden Auge“ schaut er auf den Abschied, denn es war für ihn nicht nur eine Position im politischen Betrieb, sondern die Sucht- und Drogenpolitik war – und ist – ihm ein Herzensanliegen, auch wenn dieser Begriff im harten politischen Alltag nur sehr selten angesprochen wird.

Was konnte er erreichen? Gab es Erfolge? Was bleibt von ihm im Arbeitsfeld? Das Gesundheitsministerium geht in der neuen Regierung an die CDU, und das bedeutet, dass die jeweiligen Beauftragten durch die Union – CDU und CSU - bestimmt werden.

In Gesprächen mit Burkhard Blienert und dem Geschäftsführer der Deutschen Hauptstelle für Suchtfragen (DHS), Dr. Peter Raiser, habe ich versucht, etwas

genauer zu erfahren, wie sie die letzten gut drei Jahre Suchtpolitik empfunden und erlebt haben und heute bewerten.

Was stand auf der Agenda?

Schon die Antwort auf meine erste Frage zeigte das überaus weite Spektrum des Arbeitsfeldes auf. Was hatte sich Burkhard Blienert vorgenommen? Was hat er vorgefunden und wohin sollte es gehen? Spontan kamen die Antworten:

- Es sollte ein Beitrag geleistet werden, um die Entstigmatisierung sowohl des Arbeitsfeldes als auch der Betroffenen und ihrer Angehörigen zu erreichen.
- Er wollte noch stärker dafür sorgen, dass nicht in erster Linie auf die Bestrafung, sondern auf die Hilfemöglichkeiten geschaut wird.
- Beim Thema Cannabis sollte die Entkriminalisierung der Konsumierenden erreicht werden und der illegale Handel reduziert werden.
- Eine bessere Versorgung suchtkranker Menschen in den Kommunen sollte Standard werden
- und natürlich der Hinweis auf den Dreiklang von Schutz durch Prävention, Hilfe durch Beratung und Behandlung sowie Angebotsminimierung durch hartes Durchgreifen gegen Organisierte Kriminalität.
- Ergänzt durch Öffentlichkeitsarbeit. Alle öffentlich diskutierten Fragen, die einen Bezug zu Sucht und Drogen haben, laufen im Büro des Drogenbeauftragten auf und müssen dort sachlich und fachlich korrekt beantwortet werden.

So viel zu den inhaltlichen Punkten. Einige werden später noch einmal genauer angeschaut werden. Denn zuvor habe ich noch einmal nachgefragt, warum all diese Dinge nicht von den zuständigen Ministerien und den entsprechenden Verbänden bearbeitet bzw. nach vorne gebracht werden können.

Wer redet alles mit, wenn Veränderungen erforderlich sind?

Nur kurz sollen hier einmal die Verflechtungen und Verpflichtungen und Zuständigkeiten für Sucht und Drogen und alle damit verbundenen Themen auf Bundesebene aufgezeigt werden. Beim Büro des Drogenbeauftragten handelt es sich um eine Stabsstelle, die formal dem Gesundheitsministerium zugeordnet ist, die aber keine eigenen Initiativen starten kann. Die Zuständigkeiten der Ministerien bleiben erhalten, und in der Spitze sind es bis zu 14 Ministerien, die bei Fragen mit Relevanz für den Drogenbeauftragten zu beteiligen sind oder beteiligt werden müssen.

Deutschland hat eine ausgeprägte Verbändelandschaft. Dabei geht es neben der schon fast grundsätzlichen Befragung und Beteiligung der Spitzen- bzw. Dachverbände, die einen großen Teil der Sucht- und Drogenarbeit abdecken, hin zur Beteiligung von Verbänden mit starken Einzelinteressen. Fachlich, wissenschaftlich, berufspolitisch und mit wirtschaftlichen Interessen. Die Deutsche Hauptstelle für Suchtfragen (DHS) berichtet, dass ihre Beteiligung und Beschäftigung mit Anfragen und Beteiligung in den letzten drei Jahren sie fast an den Rand ihrer Leistungsfähigkeit gebracht hat.

Zum Schluss, ohne dass diese Auflistung den Anspruch auf Vollständigkeit hat, gibt es noch die internationalen Kontakte. Auch hier könnte man wieder auf die oben aufgeführte Gliederung verweisen: ministerielle Zuständigkeiten, verbandliche Interessen und fachliche Positionen. Die Europäische Gemeinschaft, die auf der

Basis wirtschaftlicher Interessen gegründet wurde, entwickelt sich immer stärker zu einer wirklichen Gemeinschaft und behandelt eine Reihe zusätzlicher Interessen, die alle Mitgliedsstaaten betreffen. Für das Arbeitsfeld Sucht betrifft dies insbesondere wirtschaftliche Fragen in Bezug auf Tabak- und Alkoholprodukte.

Und, da war schon etwas Bedauern in der Stimme von Burkhard Blienert zu hören, er wird nicht mehr zu den Treffen der Drogen-Koordinatoren der EU-Mitgliedsstaaten fahren. Trotz der unterschiedlichsten politischen Anbindungen konnten hier anstehende Fragen in einem geschützten Rahmen besprochen werden. Dieser politische, fachliche und persönliche Austausch war Blienert besonders wertvoll.

Stichworte zur Arbeit in der Blienert-Ära

Erst seit wenigen Jahren steht bei einer Regierungsbildung zwischen mehreren Parteien der Koalitionsvertrag so wie heute im Mittelpunkt. Hier wird festgelegt, welche Themen in der kommenden Legislaturperiode wie angegangen werden sollen. Nachdem es sich auch bei den Verbänden herumgesprochen hatte, wie wichtig die Aufnahme einzelner Positionen ist, gibt es bereits im Vorfeld ein mächtiges Gerangel. Für die zurückliegende Legislaturperiode schafften es im Bereich „Drogen und Sucht“ zwei Punkte in den Vertrag:

1. Der Umgang mit Cannabis sollte neu geregelt werden und
2. die Werbung für Alkohol und Tabak, die sich an Jugendliche richtet, sollte reduziert werden.

Die Ergebnisse sind sehr überschaubar. Viel Energie wurde in den ersten Punkt gesteckt. Burkhard Blienert hat die Forderung nach der Freigabe von Cannabis schon lange vertreten. Jetzt waren neben der SPD die Grünen und die FDP in der Regierung – es konnte losgehen. Aber so einfach war es dann doch nicht, weil eine ganze Reihe von Ministerien beteiligt werden mussten, die eigentlich kein so großes Interesse hatten, und auch die europäischen Vorgaben standen dem deutschen Vorhaben entgegen. Der Kampf um jede noch so kleine Veränderung beherrschte fast die ganze Legislaturperiode und zum Teil irrsinnige Verfahrensvorschriften wurden geschaffen, um dem Willen der treibenden Verbände – auch der Anbauer – gerecht zu werden.

In der Öffentlichkeit war es immer der Drogenbeauftragte, der gefragt wurde und unermüdlichen Einsatz zeigte. Es bleibt abzuwarten, wie die Ergebnisse des im neuen Koalitionsvertrag vereinbarten Prüfverfahrens aussehen und welche Konsequenzen gezogen werden.

Während im Bereich der Cannabis-Diskussion Entscheidungen getroffen und Entwicklungen sichtbar wurden, kann das vom zweiten Punkt, der Einschränkung der Werbung von Alkohol und Nikotin, zumindest in Bezug auf Kinder und Jugendliche, nicht gesagt werden. Es scheint ein kleines Zugeständnis im Koalitionsvertrag gewesen zu sein, um Cannabis entkriminalisieren zu können, und es fehlte Burkhard Blienert schlicht und einfach an ausreichend kompetenten Mitstreitenden im Parlament, die diese Forderung und den Jugendschutz zu ihrer Sache machen wollten. Das betraf nicht nur die Koalitionspartner der SPD, sondern auch die SPD selbst. Zu groß war und ist der Druck aus den Brauereien in den Wahlkreisen und von den internationalen Konzernen in den Ministerien mit wirtschaftlichen Interessen.

Kooperationen

Burkhard Blienert brachte in seiner Arbeit den Willen nach Zusammenarbeit und Kooperation immer wieder deutlich zum Ausdruck. Er war präsent und gut erreichbar. Bei – aber eben nicht nur - Veranstaltungen der Verbände und überall da, wo es um „seine“ Themen ging. Dabei hatte er einen klaren Kompass. Alles tun, um abhängigen Menschen zu helfen, wissenschaftliche Erkenntnisse ernst nehmen und Prävention voranbringen. Stigmatisierung und Diskriminierung beenden. Als Gesprächspartner konnte man sehr schnell merken, dass er tief in der Materie verwurzelt ist; in manchen Fällen es ihm die Höflichkeit gebot, zu direkt zu antworten, immer verbindlich, ohne eigene Positionen aufzugeben.

Die Verbände hätten sich sicherlich gewünscht, dass der „Drogen- und Suchtrat“ der Bundesregierung wiederbelebt worden wäre, diese Chance für einen breiten und offenen Austausch wurde vertan. Auch die nationale Strategie der Bundesregierung von 2012 müsste dringend fortgeschrieben werden.

Als letzter Punkt sei der große Einfluss von Renten- und Krankenversicherung bei Behandlung und Rehabilitation suchtkranker Menschen genannt. Die Schnittstellen bilden oft große Hindernisse in der stringenten Behandlung und Betreuung - ebenso wie in der ambulanten Arbeit vor Ort, für die vor allem Kommunen und Bundesländer zuständig sind.

Drug-Checking als Beispiel

Die Geschäftsstelle des Drogenbeauftragten war aufgrund ihres agilen Chefs gut ausgelastet und hatte dafür zu sorgen, dass der Austausch mit den beteiligten Ministerien und Trägern konstruktiv, regelhaft, offen und produktiv war. Meist ging es nicht um das Große und Ganze, sondern um viele kleine Schritte und Veränderungen, die nach außen kaum wahrnehmbar sind, dafür aber umso wichtiger. Welchen Bürger interessiert schon, ob neue Suchtmittel in den entsprechenden Verzeichnissen berücksichtigt werden? Ist Drug-Checking wirklich so wichtig und geeignet, um das Drogenproblem zu reduzieren? Viel Einsatz, um Suchtkranke bei ihrem illegalen Drogenkonsum vor gestreckten Substanzen zu schützen? Der Schritt zwischen Eigenverantwortung und Gesundheitsschutz ist fließend, aber nur ein Thema für die Betroffenen.

Prävention

Suchtprävention, insbesondere Verändern und Minimieren des Konsums, ist bei der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung (BZgA) angesiedelt, seit Februar 2025 beim Bundesinstitut für Öffentliche Gesundheit (BIÖG). Die Zusammenarbeit mit dem Stab des Drogenbeauftragten war gut, und manche Pressemeldung wurde gemeinsam herausgegeben und sorgte dafür, dass die Suchtthemen in den Medien gut abgehandelt wurden. Andere Projekte des BIÖG wurden in Abstimmung mit den Verbänden angesiedelt und konnten ebenfalls erfolgreich begonnen werden. Besondere Aufmerksamkeit brachten in den zurückliegenden Jahren neue Ansätze der Suchthilfe bzw. der Selbsthilfegruppen-Verbände. So gab und gibt es wieder Autoren und Autorinnen, die das Thema Abhängigkeit kompetent, eindringlich und hilfreich beschreiben. Aber sie bleiben dabei nicht stehen. Sie schaffen neue Möglichkeiten der Unterstützung im digitalen Bereich und haben eine enorme Anzahl von „Followern“. Erfreulich hierbei sind mehrere Aspekte. Da ist der erhöhte Zugriff auf Bücher zum Thema, die wieder gelesen und beachtet werden. Auch, weil es Bücher sind, die es zu lesen lohnt. Dann kann festgestellt werden, dass es jüngere

Menschen und vor allen Dingen Frauen sind, die auf diesem Weg ihre Trinkprobleme angehen und sich im Netz coachen lassen. Ganz besonders erfreulich ist es, dass der Gegensatz von Abhängigkeit als Ziel thematisiert wird: die Freiheit vom Suchtmittel, die normale Nüchternheit. Das ist wieder ein Trend aus Amerika, der Deutschland erreicht hat: „Sober“ ist der Begriff, der für nüchtern, für keinen Alkohol trinken, steht. Der Dry January, kein Alkohol im Januar, hat 2025 tatsächlich zu deutlichen Verkaufsrückgängen bei Bier und Wein geführt.

Angehörige haben ein Recht auf Hilfe

Ein besonderes Anliegen waren Burkhard Blienert zwei Zielgruppen: Einmal die Angehörigen von Suchtkranken, insbesondere Kinder und auch die Situation der erwachsenen Kinder. Themen, die aufgrund von Langzeitschäden und Traumatisierung von enormer Bedeutung sind. Als Themen sind sie administrativ kaum zu fassen. Auch hier wurde immer wieder betont, dass bessere Prävention es richten soll. Doch was soll mit etwas mehr Geld – wenn es dann tatsächlich fließen sollte – genau bewirkt werden? Es geht sicherlich darum, ein öffentliches Bewusstsein zu schaffen und die auf diesem Arbeitsfeld tätigen Verbände und Gruppen in ihren Bemühungen zu unterstützen. Das hat Burkhard Blienert immer wieder betont und glaubhaft versichert, dass er an der Seite der Initiativen steht. Das allein reicht jedoch nicht aus.

Verhältnisprävention

Unbestritten ist, dass auf allen fachlichen Ebenen – sowohl beim Nikotin als auch beim Alkohol oder beim Glücksspiel – sehr viele Stellschrauben wirksam sein können, um den Konsum massiv zu reduzieren. Weil das so ist, sind Interventionen hier am schwierigsten. So wird der Absatz von Wein mit EU-Geldern gefördert und das Landwirtschaftsministerium – das würde Burkhard Blienert so nie sagen – ist widerständig bei allem, was den Umsatz alkoholischer Getränke auf der Basis von landwirtschaftlichen Produkten hemmen könnte. Nur wenige Stichworte: höhere Steuern, weniger Öffnungszeiten, eigene Ladenteile für Suchtmittel, Erhöhung des Abgabealters, Absenkung der Promillegrenze. Es geht nicht um Ver- oder Gebote, sondern vor allem um die Veränderung von Regeln des guten Zusammenlebens, die in einer zur Sucht neigenden Gesellschaft ihre Wirkung zeigen.

Burkhard Blienert war ein guter und gefragter Gesprächspartner und hat viele kleine und wichtige Schritte angestoßen bzw. unterstützt. Für den oder die neue Drogenbeauftragte (und diese Aufgabe ist richtigerweise nicht dem Sparzwang bei den Beauftragtenstellen geopfert worden), kann es nicht darum gehen, auf allen Arbeitsfeldern des Suchtgeschehens kleine Schritte zu ermöglichen. Deutschland ist eine süchtige Gesellschaft, die große Stoppschilder braucht. Sucht fängt im Bundestag an und hört im Kindergarten auf. Das bedeutet, dass Prävention im Kinder- und Jugendalter großgeschrieben werden muss und auch finanziell so unterstützt wird, dass die Botschaft alle Konsumierenden erreicht.

Auch wenn es nicht im Koalitionsvertrag steht: Verhältnisprävention, also dass sich etwas daran ändert, wie und wo Suchtmittel verfügbar und erhältlich sind, muss neu definiert werden. Internationale Erfahrungen und Beschlüsse zeigen, dass diese Prävention wirkt. Umfragen belegen, dass rund 70 % der Menschen für entsprechende Änderungen sind: also für Werbeverbote, höhere Steuern, lizenzierte Fachgeschäfte und anderes mehr.

Wie soll es weitergehen?

Das Deutsche Krebsforschungszentrum (DKFZ) fordert eine Public Health Perspektive, denn die gesundheitlichen Gefährdungen durch legale und illegale Suchtmittel sind immens und werden weder im notwendigen Maße wahrgenommen noch bearbeitet. Der Blick einer Regierung muss sich ab und zu von den tragischen Einzelfällen lösen und erkennen, dass es schon lange zu einem gesellschaftlichen Problem geworden ist.

Ein letzter Punkt: Im neuen Koalitionsvertrag steht, dass „das zunehmende Problem der Suchtabhängigkeit und der Folgen dringend bearbeitet werden muss“. Als Folgen werden genannt: „Gesundheitsgefährdung bis Gewaltbereitschaft und Verwahrlosung“. Dazu solle „in einer gemeinsamen Kraftanstrengung auch mit Hilfe der Suchtprävention, Suchthilfe und Medizin zusammengearbeitet werden.“

Da kann sich Burkhard Blienert nur müde lächelnd zurücklehnen und sich fragen, warum ihn bei genau diesen Forderungen so gut wie niemand unterstützt hat. Und seiner Nachfolgerin bzw. seinem Nachfolger mitgeben, dass es für jede notwendige Regelung zuständige Ministerien gibt, die genau das zu tun haben. Der Drogenbeauftragte braucht einen freien Kopf für eine wichtige Aufgabe: in unserer Gesellschaft den Suchtdruck zu lindern.

Rolf Hüllinghorst
Bielefeld

19. 5. 2025